

KLIMAGELD - WIR FANGEN AN!



PRESSEMAPPE

21.03.2024



Ab jetzt gibt's Klimageld!

Breites ökosoziales Bündnis fordert sofortige Einführung des Klimagelds und startet beispielhaft mit der Auszahlung an 1.000 Personen

Berlin, 21.03.2024. 139 Euro Klimageld an 1.000 Personen zahlt der Verein Sanktionsfrei gemeinsam mit einem breiten ökosozialen Bündnis aus. Laut Berechnungen stünde diese Summe jeder Person in Deutschland als Ausgleich für die CO₂-Bepreisung der vergangenen Jahre zu. Für eine vierköpfige Familie wären das 556 Euro – eine spürbare finanzielle Entlastung. Mit steigendem CO₂-Preis wächst dieser Betrag jedes Jahr entsprechend und könnte einen notwendigen sozialen Ausgleich schaffen. Deswegen macht das Bündnis aus Sanktionsfrei, dem Paritätischen Gesamtverband, Fridays for Future, Campact, 9 € Fonds, Robin Wood, BUND, Attac, Klima-Allianz, Mein Grundeinkommen, Fondament und anderen Organisationen nun Druck. Das Bündnis fordert die Bundesregierung auf, die CO₂-Einnahmen in Form eines Klimageldes an die Menschen zurückzuzahlen.

Das Geld dafür ist bereits vorhanden: Einen zweistelligen Milliardenbetrag nimmt der Staat durch den CO₂-Preis jährlich ein. Zwar gilt der CO₂-Preis bisher nur für Unternehmen, indirekt wird er jedoch überwiegend von der Bevölkerung bezahlt, da er an die Verbraucher*innen weitergegeben wird. Die Einnahmen sollen laut Vereinbarung im Koalitionsvertrag als Klimageld an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt werden, um gestiegene Kosten von Privathaushalten zu kompensieren. Vor allem Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen würden davon profitieren. Tatsächlich gibt die Bundesregierung das Geld stattdessen aber zu großen Teilen für die Wirtschaft aus. Zum Beispiel für eine Chip-Fabrik des Konzerns Intel bei Magdeburg. „Das Klimageld ist längst da! Nur gehen die staatlichen CO₂-Einnahmen zum Beispiel an die Industrie statt an Menschen, die mit den gestiegenen Preisen zu kämpfen haben“, erklärte Sanktionsfrei-Gründerin Helena Steinhaus auf einer Pressekonferenz. „Wer wenig verdient oder Bürgergeld bezieht, lebt schon heute konform mit dem 1,5 Grad Ziel von Paris. Diese Menschen verursachen die wenigsten Emissionen, aber tragen die höchste Last der Transformation. Das ist in jeder Hinsicht ungerecht. Diese Menschen müssen wir entlasten.“

Zu Jahresbeginn ist der CO₂-Preis von 30 auf 45 Euro pro Tonne gestiegen, nächstes Jahr steigt er weiter auf 55 Euro. „Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Haushalte mit niedrigen Einkommen grundsätzlich deutlich stärker durch den CO₂-Preis belastet werden als Wohlhabende. Das Klimageld setzt hier gezielt an und kann für eine proportional stärkere Entlastung von niedrigen Einkommen sorgen,“ betont Marcel Fratzscher, Präsident des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), den sozialen Effekt des Klimagelds auf der gemeinsamen Pressekonferenz. „Dieser Ausgleich wird mit einem steigenden CO₂-Preis immer wichtiger.“

Doch Finanzminister Lindner (FDP) hat trotz allem bereits angekündigt, dass in dieser Legislaturperiode kein Klimageld mehr eingeführt werden soll. „Die Klimawende ist kein Luxusprojekt. Sie gelingt nur, wenn sie sozial gerecht gestaltet wird“, protestiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Die Bundesregierung müsse endlich eine soziale Perspektive in ihrer Klimapolitik schaffen, damit die gesellschaftlichen Spannungen nicht weiter zunehmen. „Deswegen braucht es das Klimageld jetzt sofort!“

Diese Forderung setzt das Bündnis beispielhaft um. Einmalig 139 Euro werden an 1.000 Menschen verteilt, die Bürgergeld, Grundsicherung oder Wohngeld beziehen. Informationen, ob und wie man das Geld bekommt und wie sich der Druck auf die Politik erhöhen lässt, gibt es auf: www.sanktionsfrei.de/klimageld.

Pressekontakt:

Gesine Höltmann
presse@sanktionsfrei.de
Tel.: 0176-72152272

Alle Infos auf: sanktionsfrei.de/klimageld

Hintergrundtext: Sanktionsfrei e.V.

Sanktionsfrei setzt sich seit 2015 für eine menschenwürdige und sanktionsfreie Grundsicherung ein. Über einen spendenfinanzierten Solidartopf werden Sanktionen und andere finanzielle Notsituationen unbürokratisch ausgeglichen. Gleichzeitig werden, wenn möglich, juristische Verfahren gegen falsche Jobcenter-Bescheide / Leistungskürzungen angestrengt. Allein im letzten Jahr wurden rund 400 Rechtsfälle eröffnet und 250.000 € umverteilt.

Genauso zentral wie die konkrete Einzelfallhilfe, ist die Öffentlichkeitsarbeit von Sanktionsfrei. Im Rahmen von Kampagnen werden Armut, Erwerbslosigkeit und Ungleichheit aufgegriffen und die Lebensrealitäten und Hintergründe von Menschen in Armut begreifbar gemacht. Durch die Kooperation mit unterschiedlichen Expert*innen im Bereich der Sozialpolitik versammelt Sanktionsfrei e.V. eine anerkannte Expertise zu den Themen Armut und Erwerbslosigkeit.

Für die Kampagne "Klimageld – Wir fangen an!", hat Sanktionsfrei ein breites ökosoziales Bündnis aufgestellt, um die Relevanz von sozial gerechter Klimapolitik und Kostenverteilung in den Vordergrund zu stellen. Angeschlossen haben sich der Paritätische Gesamtverband, Fridays For Future, Campact, 9 € Fonds, Mein Grundeinkommen, Fondament, Robin Wood, Oxfam, Attac, BUND, Together For Future, Klima-Allianz und Germanzero.

Sanktionsfrei ist gemeinnützig und finanziert sich komplett über Spenden.

Vorstand: Helena Steinhaus und Claudia Cornelsen.

Statement Helena Steinhaus, Gründerin von Sanktionsfrei e.V.

Am CO₂-Preis und am Klimageld zeigen sich die beiden wohl krassesten Probleme, vor denen wir gesamtgesellschaftlich stehen: Einerseits die Klimakrise. Andererseits die immer weiter klaffende Ungleichheit.

Es macht total Sinn, einen Preis auf CO₂-Verbrauch zu erheben. Damit wird klimaschädliches Verhalten quasi bestraft und Geld eingesammelt, um die Klima-Transformation voranzutreiben. Seit drei Jahren nimmt der Staat diesen CO₂-Preis ein. Dadurch steigen die täglichen Ausgaben der Bürger*innen kontinuierlich. Deswegen hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart, einen sozialen Ausgleichsmechanismus zu entwickeln: das Klimageld. Es könnte einmal im Jahr als Entlastung an alle Menschen ausgezahlt werden. Das Gute ist: Das Geld ist bereits da. 40 MRD Euro hat die Regierung in den letzten drei Jahren von uns allen einkassiert. Laut Berechnungen hätten alle bereits mindestens 139 € Klimageld für die letzten 3 Jahre bekommen sollen.

Warum wäre ein Klimageld gerecht? Reiche Menschen leben in großen Wohnungen, manche haben sogar mehrere Häuser oder Villen, haben Zweitwohnsitze mit Sauna und Pool. Sie fahren große Autos und jetten hin und her. Sie würden mit dem Klimageld Verlust machen, weil sie mehr bezahlen müssen, als sie zurückbekommen. Sie haben die finanzielle Freiheit, sich ein Elektroauto zu kaufen oder eine Wärmepumpe einbauen zu lassen. Oder zu verzichten. Dann sparen sie sofort CO₂ und Geld und das Klima würde weniger belastet. Aber viele bemerken die Preissteigerungen gar nicht, da sie mehr als genug haben oder weil sie durch gezielte Lobbyarbeit gar nicht erst zur Kasse gebeten werden.

Gleichzeitig wird das Leben für den ärmeren und wesentlich größeren Teil der Gesellschaft immer teurer. Viele können kaum von ihren Gehältern leben. Jeder Wocheneinkauf stellt sie vor die Zerreißprobe, eine Klassenfahrt der Kinder oder neue Winterschuhe verursachen schlaflose Nächte. Menschen in Bürgergeld und Grundsicherung kommen ohnehin kaum über die Runden. Durch den CO₂-Preis werden sie noch mehr in die Armut gedrängt. Millionen Menschen in Armut spüren die Einschnitte durch steigende Preise täglich. Obwohl sie sich kaum klimaschädliches Verhalten leisten können, weder SUV fahren, noch in den Urlaub fliegen, müssen sie bei jedem Brotkauf ihren Beitrag für die Klima-Transformation zahlen.

Diese Menschen bekämen mehr Klimageld, als sie für ihren CO₂-Verbrauch bezahlt haben. Durch das Klimageld würden sie also belohnt. Aber anstatt das Geld wie versprochen an die Bevölkerung zurück zu verteilen, wird es von der Regierung zu großen Teilen zweckentfremdet. Zum Beispiel an den Konzern Intel, der in Magdeburg eine Chip-Fabrik baut. Knapp 10 MRD Euro aus den CO₂-Preis-Einnahmen fließen dort als Subventionen hinein – ein Viertel der gesamten Einnahmen! Das hat weder mit Klimaschutz noch mit sozialem Ausgleich auch nur das Geringste zu tun. Im Gegenteil! Es schröpft die Umwelt und ist Umverteilung in Reinform, also von Unten nach Oben, von Vielen an Wenige.

Diese Ungerechtigkeit wollen wir sichtbar machen. Diese Verhältnisse wollen wir umkehren. Derzeit spielen wir Soziales und Klima gegeneinander aus. Deshalb braucht es dringend den sozialen Ausgleich – um alle mitzunehmen und die Blockade zu lösen. Wir sind der festen Überzeugung, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Wir, das sind der Verein Sanktionsfrei, der sich für eine menschenwürdige Grundsicherung einsetzt, der Paritätische Gesamtverband, Fridays For Future, Campact, 9 € Fonds, Mein Grundeinkommen, Robin Wood, BUND, Oxfam, Klima-Allianz, Fundament und viele andere Organisationen.

Wir alle appellieren an die Bundesregierung, das Klimageld ohne Verzögerung einzuführen! Am besten sozial gestaffelt. Anstatt sich ausgerechnet am Portemonnaie der Ärmsten zu bedienen, muss die Regierung sich das Geld für die Klima-Transformation an anderer Stelle holen: Klimaschädliche Subventionen müssen eingefroren, Privilegien für Reiche und Konzerne abgeschafft werden und das Kaputtsparen muss ein Ende haben. Um zu zeigen, dass es geht, fangen wir einfach an: 1.000 Personen bekommen 139 € Klimageld. Und zwar die, die es am allernötigsten brauchen: Menschen, die Bürgergeld, Grundsicherung oder Wohngeld beziehen. Alle Infos dazu, wer das Geld wie bekommen kann und wie wir mehr Druck auf die Regierung ausüben können, damit es tatsächlich kommt, gibt es auf sanktionsfrei.de/klimageld.

Statement Carla Reemtsma, Klima-Aktivistin bei Fridays For Future

Die Klimakrise eskaliert. Wir erleben gerade vermutlich den heißesten März jemals – nachdem auch bereits in den neun Monaten davor jeder Monat ein Rekordmonat war. Während ein Hitzerekord auf den nächsten folgt, zertrümmert die Regierung mit ihrer Blockade des Klimageldes das Fundament ihrer eigenen Klimapolitik: Die soziale Akzeptanz.

Seit mehr als fünf Jahren gehen junge Menschen auf die Straße und fordern eine konsequente Klimapolitik. Eine Klimapolitik, die eine lebenswerte Zukunft ermöglicht. Die das Klima schützt und sozial gerecht ist. Und seit Jahren ist die gesellschaftliche Zustimmung zu mehr Klimaschutz ungebrochen hoch: Trotz Corona-Krise und hoher Energiepreise finden weiterhin mehr als 4 von 5 Menschen in Deutschland, dass die Bundesregierung das Klima besser schützen sollte.

Der CO₂-Preis ist ein zentraler Teil der deutschen und europäischen Klimapolitik: Aufgrund der immer höher werdenden Preise werden emissionsintensive Tätigkeiten und Produkte weniger nachgefragt – die Emissionen sinken, bestenfalls in allen Bereichen. Die Preissteigerungen betreffen dabei jeden, der beispielsweise Auto fährt oder mit Gas heizt. Die Preissteigerungen infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine haben gezeigt, welche drastischen Konsequenzen Preissteigerungen bei lebenswichtigen Gütern, insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen haben können. Diesen Dilemmas ist sich die Ampel bewusst: Schon im Koalitionsvertrag verspricht die Regierung, einen „sozialen Kompensationsmechanismus“ einzuführen, um die „Akzeptanz des Marktsystems zu gewährleisten“.

Die Regierung weiß also: Klimaschutz braucht sozialen Ausgleich. Und das Klimageld ist die Möglichkeit, Menschen zu entlasten und Klimaschutz sozial zu gestalten. Doch statt das vor zweieinhalb Jahren versprochene Klimageld einzuführen, blockiert sie die Umsetzung. Wahlweise fehlt entweder die Auszahlungsmöglichkeit oder aber das Geld.

Finanzminister Christian Lindner spricht jetzt von einer Einführung 2027. Acht Jahre nach der Einführung des deutschen CO₂-Preises könnten so die Einnahmen zurück an die Bürger*innen gegeben werden. Doch schon im nächsten Satz wird dieser Ausgleich in Frage gestellt: Es müsse sich zwischen sozialem Ausgleich und Förderprogrammen für klimafreundliche Technologien entschieden werden.

Dabei ist klar: Gute Klimapolitik braucht sozialen Ausgleich genauso wie finanzielle Unterstützung für die Transformation. Mit ihrer aktuellen Blockade des Klimageldes macht die

Bundesregierung deutlich: Sozialer Klimaschutz scheitert an der Ampel – nicht an fehlenden Instrumenten. Wir wissen: Die sozial-ökologische Transformation ist technisch und gesellschaftlich machbar. Der klimaneutrale Umbau ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stattfindet. Wie wir zur Arbeit kommen, wie wir heizen, was wir essen.

Aktuell versuchen Rechtsextreme diese Herausforderungen zu diskreditieren und Angst vor der Veränderung zu schüren. Vor dem Hintergrund der inflationsbedingt hohen Energiepreise schüren sie Angst vor der Energie- und Wärmewende. Während wir alle ein warmes Zuhause brauchen, steigt die Verunsicherung darüber, wie das in Zukunft bezahlt werden kann. Der Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung in Sachen Klimageld ist eine Katastrophe für das Vertrauen in die Klimapolitik.

Es ist klar: Das Klimageld einzuführen wird die Klimakrise allein nicht lösen. Aber das Klimageld nicht einzuführen, sabotiert jeden Klimaschutz.

Statement Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Helena Steinhaus vom Verein Sanktionsfrei beim Paritätischen anfragte, ob wir uns vorstellen könnten, Partner ihrer Klimageld-Kampagne zu werden, waren wir gleich Feuer und Flamme. Die Kampagne ist zugleich sozialarbeiterisch und politisch. Sie hilft im Rahmen ihrer Möglichkeiten Menschen, die finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen, Bedürftigen, für die jeder weitere Anstieg der Lebenshaltungskosten eine persönliche Katastrophe darstellt.

Aber nicht nur das. Die Kampagne „Klimageld – Wir fangen an!“ hält der Bundesregierung den Spiegel vors Gesicht. Sie prangert nichts Geringeres als den Bruch eines Koalitionsversprechens an die Bürgerinnen und Bürger an. Wenn die Ampel, obwohl im Koalitionsvertrag angekündigt, nach fast 2 ½ Jahren noch immer kein Klimageld auszahlt - erst, weil angeblich keine Auszahlungswege gefunden wurden, nun, weil die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung schon anderweitig verplant und die Kassen leider leer seien, ist das ein Wortbruch, vor dessen Folgen wir nur eindringlich warnen können: Die sozialen und politischen Verwerfungen einer unkompensierten CO₂-Bepreisung dürfen keinesfalls unterschätzt werden. Es geht nicht nur um die direkte Verteuerung von Energie und Kraftstoffen. Wir wissen, dass diese Verteuerung bei so gut wie allen Produkten und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs durchschlagen wird.

Das ohnehin sehr hohe Preisniveau – etwa bei Lebensmitteln – wird noch einmal zusätzlich angetrieben. Viele Menschen wissen jedoch jetzt schon nicht mehr ein noch aus. Daran hat auch die letzte Anhebung der Regelsätze in Hartz IV nichts geändert. 2 Millionen Menschen, die regelmäßig bei den Tafeln für Essensspenden anstehen, geben davon ein trauriges Zeugnis.

Politisch weit gravierender dürfte für die Ampel jedoch der politische Flurschaden sein, den sie mit ihrem Klima-Wortbruch anrichtet. Die notwendige klimapolitische Transformation wird nur gelingen, wenn wir niemanden zurücklassen und in Armut stürzen. Wenn soziale Existenzängste zunehmen, wird eine anspruchsvolle Klimapolitik keine demokratische Mehrheit mehr finden. Es funktioniert ökosozial oder gar nicht. Das Klimageld als Rückfluss der CO₂-Einnahmen an die Bürgerinnen und Bürger in Form einer Pro-Kopf-Pauschale kann die Menschen am unteren Einkommensrand wirkungsvoll entlasten. Mit dem Klimageld würde die Ampel aber darüber hinaus auch ein ganz wichtiges klima- und sozialpolitisches Signal

setzen, dass auch bei klimapolitischen Maßnahmen die Menschen und ihre Belastungsgrenzen nicht aus den Augen verloren werden.

Nur unter dieser Prämisse hat sich der Paritätische in der Vergangenheit für die CO₂-Bepreisung stark gemacht. Nur unter dieser Prämisse ist sie auch sozialpolitisch verantwortbar. Auch wir fordern die Bundesregierung daher erneut auf, die notwendigen Mittel aus der Bepreisung zur Verfügung zu stellen und endlich mit der Auszahlung ernst zu machen.